

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

22.11.1929 (No. 273)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Amen,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifliche Rabatte, die als Kassenzahlung gilt und erweitert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigerhebung, zwangsweiser Beilegung, und Kontoführung fällt der Absatz fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung in eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

* Das neue badische Kabinett gebildet

In der gestrigen Nachmittagsitzung des Badischen Landtags ist das neue Ministerium gewählt worden. Die Wahl erfolgte ohne alle Zwischenfälle auf der Grundlage der bereits in den letzten Tagen bekanntgewordenen Abmachungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Es wurden gewählt: der bisherige Finanzminister Dr. Josef Schmitt zum Finanzminister und Staatspräsidenten, der bisherige Innenminister Dr. Adam Remmele zum Kultusminister und Justizminister und der bisherige Präsident des Rechnungshofes, Dr. Josef Wittemann, zum Innenminister. Zum Staatsrat wurde der Vizepräsident des Landtags, der sozialdemokratische Abgeordnete Maier-Heidelberg, gewählt.

Das badische Kabinett setzt sich also aus 4 Personen zusammen, aus 2 Mitgliedern des Zentrums und 2 Mitgliedern der Sozialdemokratie. Staatspräsident ist ein Zentrumsmann. Die Stimme des Staatspräsidenten gibt in der Kabinettsitzung bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Man darf übrigens ruhig sagen, daß diese Bestimmung wohl nur selten praktische Bedeutung erhält. Ein jedes Kabinett wird bestrebt sein, seine Beschlüsse einstimmig zu fassen. Und wenn in einer wichtigen Frage zwei Stimmen gegen zwei stehen, wird man gewiß nicht immer die Überstimmung des einen Teils probuzieren, sondern die Beratung des Gegenstands lieber vertagen. Das ist ja gerade der tiefere Sinn einer Koalition, daß jeder Partner gelegentlich Konzessionen macht und alle Teile der Koalition ehrlich bestrebt sind, eine Einigung auf der mittleren Linie zu finden. Spähen sich die Gegensätze ganz außerordentlich zu, so ist natürlich mit einer Krisis schließlich zu rechnen.

Bei einzelnen der kleineren Parteien im Badischen Landtag scheinen die Auffassungen über die Bedeutung der Begriffe „Stimmhaltung“ und „Oppositionsstellung“ noch nicht ganz geklärt zu sein. Das Kabinett ist gestern gewählt worden von den Abgeordneten des Zentrums und der Sozialdemokratie. Auf den Gewählten entfielen jeweils 48 bzw. 49 Stimmen bei 26 bzw. 27 Enthaltungen und 4 Stimmen dagegen. Die vier Stimmen waren die der Kommunisten. Diese Partei dokumentierte damit ganz klipp und klar ihre Feindschaft gegenüber dem Kabinett. Merkwürdig ist es jedoch, wenn der Sprecher der Wirtschaft- und Bauernpartei erklärt, man könne zur neuen Koalition kein Vertrauen haben, und seine Fraktion sich dann der Stimme enthält. Stimmhaltung bedeutet Neutralität, abwartende Haltung. Auch die Nationalsozialisten haben der Regierung stärksten Kampf angelegt, sich aber bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Dadurch muß eine gewisse Verworrenheit in die Beurteilung der parlamentarischen Situation hineinkommen. Zumal die Stimmhaltung bei Demokraten und Deutscher Volkspartei und vielleicht auch bei den Deutschnationalen doch wesentlich anders zu bewerten ist, als bei den eben genannten Parteien. Der Sprecher des Evangelischen Volksdienstes hat sogar ausdrücklich bemerkt, daß die Stimmhaltung seiner Gruppe keine grundsätzliche Opposition bedeute. Nun, im Verlauf der praktischen Arbeiten des Landtags wird ja die Klärung nicht ausbleiben. Die Regierung selbst legt, wie die gestrigen Erklärungen des Staatspräsidenten von neuem erkennen lassen, den größten Wert darauf, das Gesamtwohl zu fördern, ein Regierungsorgan für alle Volksgenossen zu sein und die Gegensätze möglichst auszugleichen.

Den ausscheidenden Ministern, dem bisherigen Justizminister Dr. Trunk und dem Kultusminister Dr. Beers, sowie den ausscheidenden zwei Staatsräten wurde vom Präsidenten unter der Zustimmung des Hauses der Dank des Landtags für ihre Arbeit im Dienste von Volk und Vaterland ausgesprochen.

In der gleichen Sitzung wurde die geänderte Geschäftsordnung, welche die Rechte des Landtagspräsidenten zum Zwecke der Wahrnehmung der parlamentarischen Ordnung verstärkt, mit 49 Stimmen gegen 24 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Diesmal haben alle nicht der Regierung angehörenden Parteien — mit Ausnahme von 2 Stimmen des Evangelischen Volksdienstes — klar gegen die Koalition gestimmt.

Zum Regierungswechsel in Baden

Abschied des Ministers Dr. Remmele im Ministerium des Innern

Der bisherige Minister des Innern, Dr. Remmele, hatte gestern mittag die Beamten und Angestellten des Ministeriums des Innern im großen Sitzungssaal zusammengerufen, um sich von ihnen zu verabschieden. Er gedachte in einer längeren Ansprache der schwierigen Zeitverhältnisse, unter denen er vor 11 Jahren das Ministerium des Innern übernommen hatte. Der verlorene Krieg und seine politischen Folgen haben besonders die innere Verwaltung des Landes vor neue, schwere Aufgaben gestellt. Diese konnten nur in pflichteifriger verständnisvoller Zusammenarbeit der Beamtenschaft mit dem Minister gelöst werden. Minister Dr. Remmele hob besonders hervor, daß alle seine Mitarbeiter, jeder an seinem Platze, stets bestrebt waren, im Dienste des Staates das Beste zu leisten und sprach allen Beamten und Angestellten seinen Dank für die treue Mitarbeit und Pflichterfüllung im Interesse von Volk und Heimat aus.

Im Namen der Beamtenschaft widmete Ministerialdirektor Höhrenbach dem scheidenden Minister herzliche Abschiedsworte. Daß das Land ohne schwere Erschütterung in die neue Zeit hinübergeführt wurde, sei ein wesentliches Verdienst Dr. Remmeles, der zielbewußt und tatkräftig alle Maßnahmen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung getroffen und durchgeführt habe. Durch eine große Reihe von wichtigen Gesetzen auf den verschiedensten Gebieten der inneren Verwaltung, die, wie Ministerialdirektor Höhrenbach hervorhob, der Initiative Dr. Remmeles zu verdanken sind, sei dessen Name mit der Geschichte der politischen Entwicklung Badens der letzten 11 Jahre aufs engste verbunden. Die Beamtenschaft des Ministeriums des Innern nehme am heutigen Tage Anlaß, dem scheidenden Minister für das ihr entgegengebrachte Vertrauen zu danken, und ihm für seine neue Tätigkeit das Beste zu wünschen. Sodann verabschiedete sich Minister Dr. Remmele persönlich von allen anwesenden Damen und Herren.

Die Begrüßung des neuen Innenministers Dr. Wittemann

Heute, Freitag, mittags 12 Uhr, versammelten sich die Beamten und Angestellten des Ministeriums des Innern im großen Sitzungssaal, um den gestern vom Landtag neu gewählten Minister des Innern, Dr. Wittemann, zu begrüßen. Ministerialdirektor Höhrenbach hieß Minister Dr. Wittemann im Namen der gesamten Beamten- und Angestellten der inneren Verwaltung, der Polizei und Gendarmerie aufs herzlichste willkommen. Diese würden in Pflichttreue und Dienstfeier, wie sie von jeher in der Beamtenschaft der inneren Verwaltung gute Tradition gewesen sind, auch in Zukunft ihre Aufgaben im Dienste des Staates erfüllen. Die Beamtenschaft der inneren Verwaltung bringe dem neuen Minister den besten Willen und ein offenes und ehrliches Vertrauen entgegen und bitte, daß auch ihr das gleiche geschenkt werde.

Minister Dr. Wittemann sprach Ministerialdirektor Höhrenbach seinen Dank für die herzlichen Begrüßungsworte aus. Er wies darauf hin, daß er durch die Übernahme des Ministeriums des Innern ein schweres Amt auf sich genommen habe. Die großen damit verbundenen Aufgaben könnten nur in gemeinsamer, treuer und pflichteifriger Arbeit gelöst werden. Er bringe seinerseits der Beamtenschaft volles Vertrauen entgegen und bitte, ihn in seinem verantwortungsvollen neuen Amt tatkräftig zu unterstützen, denn nur unter dieser Voraussetzung sei ein ersprießliches Arbeiten möglich zum Segen der badischen Heimat.

Ministerialdirektor Höhrenbach stellte sodann dem neuen Innenminister die anwesenden Damen und Herren persönlich vor.

Geboren am 24. März 1866 zu Buchen, besuchte Josef Wittemann daselbst die Volksschule und Höhere Bürgerschule, sodann die Gymnasien in Ehingen a. d. Donau und in Laubersbichhofheim. Von 1884 bis 1891 sehen wir ihn als Studenten der Rechte und Literatur an den Universitäten Freiburg, Basel, Straßburg, Heidelberg und München. 1891 Rechtspraktikant, wurde er nach bestandenen zweiten juristischen Staatsexamen 1894 Referendar. 1897 erfolgte die Ernennung Wittemanns zum Amtsrichter in Bopfingen, 1900 kam er als solcher nach Donaueschingen. 1904 wurde er zum Amtsrichter im Jahre 1905 wurde Wittemann als Kandidat des Zentrums für den damaligen 8. badischen Wahlkreis Bonndorf aufgestellt und in die frühere Zweite Kammer gewählt, der er bis 1918 angehörte, um dann auch in die Nationalversammlung und späteren Landtag wiedergewählt zu werden. Er war

in verschiedenen Kommissionen, zeitweise als Vorsitzender, tätig, und arbeitete im Verfassungsausschuß auch an der Schaffung der neuen badischen Verfassung mit. Aus seiner Feder stammt das Buch „Die Wahl zu der Nationalversammlung in Baden am 5. Januar und im Reich am 19. Januar 1919“. Während seiner Offenburger Wirksamkeit fandte ihn das dortige Zentrum in den Bürgerausschuß Offenburg, dem er von 1912 bis 1917 angehörte.

Wittemann ist außerdem seit langem Mitglied der Parteieninstanzen des Zentrums in Baden und im Reich. Er bekleidete zeitweilig die Stellung eines zweiten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Landtags, war u. a. von 1919 bis 1920 Vorsitzender des Rechtspflegenausschusses und von 1920 bis 1921 Vorsitzender des Haushaltsausschusses. 1921 übertrug ihm die Mehrheit das Amt des Landtagspräsidenten, das er am 1. Mai 1923 niederlegte, da zu diesem Tage seine Ernennung zum Präsidenten des Rechnungshofes erfolgt war. Mit Schluß der Landtagsperiode 1921—25 ist Wittemann aus dem Landtag ausgeschieden.

Abschied des Justizministers Dr. Trunk

Aus Anlaß seines Rücktritts vom Justizministerium hat Justizminister Dr. Trunk im Justizministerialblatt folgendes Abschieds schreiben erlassen:

Am heutigen Tage, wenn eine neue Regierung gebildet sein wird, scheidet ich kraft meines eigenen Willens und Entschlusses aus dem Amte des Justizministers aus. Schon vor Monaten habe ich meinen unabänderlichen Entschluß, von der Regierung zurückzutreten, öffentlich bekanntgegeben; ich hielt es für meine Pflicht, dies schon vor den Landtagswahlen zu tun. Ich bin überzeugt, daß in der Entwicklung der politischen Gestaltungen bis zu den heutigen Begebenheiten auch die Rechtfertigung für mich dafür liegt.

In der politischen Aktion der neuen Zeit stand ich verantwortlich seit 9. November 1918; seit Inkrafttreten der neuen badischen Verfassung gehörte ich dem Staatsministerium als Justizminister an. Wenn ich heute aus der Verwaltung der Justiz ausscheide, so geschieht dies im inneren Verhältnis zur gesamten Justiz und gegenüber allen Persönlichkeiten in ihr mit den Gefühlen aufrichtigster persönlicher Zuneigung und Wertschätzung sowie mit dem Ausdruck großer Dankbarkeit für das in diesen zehn Jahren schwerster Pflichtenforderung mir allseits entgegengebrachte Vertrauen und für die immer und ohne Ausnahme getätigte staats-treue, staatspolitisch-zuverlässige und opfervolle Mit- und Zusammenarbeit.

Diese Gefühle und der Gedanke an die Arbeit, die ich verlassend, machen mir den Abschied aus dem Amte schwer.

Ich bitte, überzeugt zu sein, daß ich in Personalangelegenheiten gerecht sein wollte; ich suchte die Beamten nach Maßgabe der feststehenden Fähigkeiten und unter Würdigung ihrer wahrhaft ehrenhaften Gesinnung zu werten.

Die badische Justizverwaltung stand unter meiner Leitung immer im besten Einvernehmen mit dem Reichsjustizministerium und den Justizverwaltungen der anderen Länder; damit wurden die zahlreichen und vielfach höchst bedeutsamen und schwierigen gesetzgeberischen Arbeiten gefördert und der Einfluß des Landes Baden sichergestellt.

Menschlich und persönlich ergriffen und gefaßt haben mich die Angelegenheiten des Strafvollzugs und der Gefängnisverwaltung, dazu die umfangreiche Tätigkeit in Gnadenfachen, Herzengangelegenheit war mir die Arbeit der Fürsorgeerziehung. Hierbei danke ich besonders allen den treuen Mitarbeitern des Ministeriums.

Ich weiß, daß der treue Geist ehrbarer Gesinnung im Dienst des Rechts und der Gerechtigkeit, wie er vordem und seit zehn Jahren die Beamtenschaft der Justiz in allen ihren Teilen erfüllt hat, sie auch fernerhin beselen wird. Daraus wird Wohlfahrt und Segen quellen für das badische Volk, wie schwer immer auch die Zukunft sein mag.

Das wolle Gott!
Badenweiler, den 21. November 1929.
Dr. jur. h. c. G. Trunk,
Justizminister.

Die Beamten und Angestellten des Justizministeriums haben folgendes Schreiben an den scheidenden Minister gerichtet:

Hochverehrter Herr Justizminister!
Bereits im Frühjahr d. J., als bekannt wurde, daß Sie Ihr Amt als Justizminister niederzulegen beabsichtigten, haben die Beamten und Angestellten des Justizministeriums lebhaftes Bedauern hierüber geäußert und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Sie die Leitung des Justizministeriums in der bewährtesten Weise beibehalten möchten. Ihre Mitteilung, daß Ihr Entschluß aus wohlverwogenen Gründen unwiderruflich sei, hat dieser Hoffnung die Erfüllung versagt.

Nachdem nunmehr infolge Bildung der neuen Regierung Ihr Ausscheiden aus dem Amte zur Tatsache geworden ist, besteht für sämtliche Beamte und Angestellte des Justizministeriums Anlaß, das aufrichtigste Bedauern hierüber nochmals

ausdrücklich auszusprechen. Das Bedauern über Ihr Ausscheiden entspringt nicht nur der Anerkennung für die hervorragende Art und Weise, in der Sie, wie dies anlässlich Ihres 10-jährigen Jubiläums als Justizminister treffend zum Ausdruck kam, den Ihnen anvertrauten Geschäftsbereich der Justizverwaltung zum Wohle des badischen Landes leiteten, sondern ist in gleichem Maße verwurzelt in den Dank für die besondere Fähigkeit, mit der Sie zwischen sich und uns ein seltenes Verhältnis vorbehaltlosen menschlichen Vertrauens und herzlichster Aufrichtigkeit zu begründen und zu erhalten vermochten.

Die Absicht, dies bei einer Abschiedsfeier offen und herzlich zum Ausdruck zu bringen, läßt sich leider infolge Ihrer Erkrankung nicht verwirklichen. Gebieten Sie daher, Herr Minister, daß sämtliche Beamte und Angestellte des Ministeriums auf diesem Wege aussprechen, wie außerordentlich schmerzhaft Ihr Ausscheiden aus dem Amt im Justizministerium empfunden wird. Sie dürfen überzeugt sein, Herr Minister, daß wir alle Ihnen aufrichtigsten Dank wissen für Ihre lebenswürdigen menschlichen Eigenschaften, die Ihre Dienstführung durchdrangen und Sie in Ihrer Einstellung zu jedem einzelnen von uns bestimmten, und daß das Andenken an Ihre Person der Anerkennung, die Ihre über 10-jährige Dienstführung in Baden überhaupt findet, an Hochachtung, Dauer und herzlichster Verehrung nicht nachstehen wird.

Es ist unser aller aufrichtiger Wunsch, daß baldige Genesung Ihnen Ihre Spannkraft und Frische wieder bringt, damit Sie die reichen Früchte Ihrer Lebensarbeit zum Wohl von Staat und Volk noch wehren können.

Staatsrat Maier-Heidelberg

Emil Maier, geboren am 11. August 1876 in Dunningen (Württemberg), Stadtrat in Heidelberg, wurde 1919 von der Sozialdemokratischen Partei in die Nationalversammlung gewählt. Er gehört seitdem auch dem Landtag an und vertritt seine Fraktion im Landständischen Ausschuss. Maier ist gelernter Buchdrucker und war von 1904 bis 1908 Redakteur der Mannheimer „Volkstimme“, später Parteisekretär. Nach dem Ausscheiden der Demokraten aus der Koalition bekleidete er vorübergehend das Amt eines Staatsrats. Er ist 1. Vizepräsident des Landtages und Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion.

DiETRICHs Agrarprogramm

Befristete Zollerhöhungen — Gefärbter Roggen für Futterzwecke

Aber das auf Vorschlag des Reichsernährungsministers vom Reichskabinett beschlossene Agrarprogramm weiß das „Berl. Tagebl.“ u. a. folgendes mitzuteilen:

Solange die Preise für Weizen und für Roggen unter einem gewissen Richtpreis bleiben, wird zu dem autonomen Zollfuß von 7 1/2 M und 7 M ein Ausgleichszulag in Höhe von 2 1/2 M erhoben werden. Die Richtpreise sind noch nicht endgültig festgesetzt, man darf aber annehmen, daß sie ungefähr in der Höhe von 270 M für die Tonne Weizen und 230 Reichsmark für die Tonne Roggen liegen, während der tatsächliche Marktpreis am Samstag für Weizen 227 M und für Roggen 165 M betragen hat.

Das Reichskabinett hat ferner beschlossen, daß ein bestimmtes Roggenquantum in einer noch festzusetzenden Höhe auf Lager genommen wird, um den Roggenmarkt von dem unmittelbaren Preisdruck zu befreien, der von dem starken landwirtschaftlichen Notangebot ausgeht. Dieser Roggen wird durch Vergütung für die menschliche Nahrung unbrauchbar gemacht und durch eine Prämie in Höhe von 40 M für die spätere Verwendung zu Futterzwecken verbilligt.

Grundsätzlich tritt eine befristete Zollerhöhung für Futtergerste von 2 auf 5 M ein, jedoch mit einer sehr wesentlichen Einschränkung, die die Interessen der weidewirtschaftlichen Schweinezüchter wahrt. Der alte Zollfuß für Futtergerste bleibt nämlich für diejenigen westdeutschen Landwirte erhalten, die ein Quantum vergällten Roggens beziehen, das in einem bestimmten Verhältnis mit der von diesen Landwirten sonst allein bezogenen Futtergerste steht.

Im Anschluß an die handelspolitische Verständigung mit Polen ist anzunehmen, daß der Getreidehandel, soweit er sich mit der Roggenausfuhr beschäftigt, in beiden Ländern in einer symbiotischen Bindung zusammengefaßt wird.

Das Gland der Rußlanddeutschen. Zu Moskauer Meldungen über Maßnahmen der russischen Regierung gegen die deutschstämmigen Auswanderer, erklärt man in Berlin, es sei nicht wahrscheinlich, daß die russische Regierung die Ausreise der vor Moskau liegenden Deutschrussen aufzuhalten beabsichtigt. Die Visa für zunächst tausend dieser Deutschrussen werden als erste Rate zur Zeit besorgt, die Visa für die anderen sollen folgen. Direkte Verhandlungen mit Rußland sollen deshalb stattfinden. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Stüden hat seine Tätigkeit als Reichskommissar für die Deutschrussen-Hilfe aufgenommen. In London ist Legationsrat Selheim eingetroffen, um mit der kanadischen Regierung über die Einreise, den Transport usw. der deutschen Rußlandsbauern zu verhandeln. — Der erste Zug mit 500 Auswanderern ist bereits von Moskau abgegangen.

Badisches Landesbheater

Zweites Gastspiel der „Sabina“

Dies oft gerühmte hebräische Theater scheint doch noch nicht berühmt genug: Auch sein zweiter Abend war dünn besucht, und der fröhliche Beifall erlitt sich erst gegen Schluß etwas leidenschaftlicher. Man muß allerdings sagen, die auf eine Idee von Scholten Altschmied zurückgehende Tragödie „Der Schah“, die um das bekannte Motto kreist, „Suche den richtigen Schah, und du wirst ihn finden“, wäre literarisch nicht erschütternder, würde man auch mit 95 Prozent Sicherheit den Hauptbestandteil der Handlung, nämlich den Text, verstehen. Doch ob nun freidenkweise überhaupt kein Wort verständlich wird, oder ob die verschiedenen Monologe und Dialoge den Inhalt eher verdunkeln statt erhellen, darauf schien es mir wenigstens keineswegs anzukommen, weil das Ganze viel zu stark eben als beispielhaftes Hör- und Schauspiel wirkt und in dieser Beziehung durch die — vielleicht schlechte — Intention des Buches gar nicht beeinträchtigt wird. Denn wichtiger ist die akustische Situation, aus der heraus jeweils von der menschlichen Stimme Gebrauch gemacht wird, wichtiger also als alle schneidende Dialektik im Einzelnen der bald hart stahlige, bald leicht federnde Tonfall im Allgemeinen. Höchstes Verdienst des flüchtig eingespielten Ensembles wiederum, wie es gerade diesen dynamischen Reiz vermittelt und sozusagen auch dem Nichtkenner aus einer nahezu absoluten Geräuschfolge die Fabel klar rekonstruierte. Daß daneben auch die optischen Bilder mit beglückender und unheimlich einfacher Präzision bewiesen, was sie beweisen sollten, das braucht man bei russischen Theaterleuten schon kaum zu erwähnen; mit ihrer fühl-sachlichen Konsequenz sind sie selbst in unseren Ansehen zu einer modernsten Inszenierung noch weit voraus — und sogar in der Art, wie sie die unermüdete Bewegung da und dort ganz naiv und primitiv mit Musik ausfüllen, merkwürdig überlegen. S. Sch.

Die Wahl der Regierung im Landtag

Die neue Geschäftsordnung

Der Landtag hat Donnerstag nachmittag die Wahl der neuen Regierungsmitglieder vorgenommen.

Mit den Stimmen der beiden Koalitionsparteien, Zentrum und Sozialdemokraten, wurden gewählt: Der bisherige Präsident des Rechnungshofes, Josef Wittenmann, zum Minister des Innern, der bisherige Innenminister Dr. Remmele zum Minister für Justiz sowie für Kultus und Unterricht, ebenso der bisherige Finanzminister Dr. Josef Schmitt in gleicher Eigenschaft, schließlich als Staatsrat der von den Sozialdemokraten vorgeschlagene erste Vizepräsident des Hauses, Abg. Emil Maier-Heidelberg.

Die Wahl des Staatspräsidenten fiel auf den Finanzminister Dr. Schmitt, die seines Stellvertreters auf Dr. Remmele.

Badischer Landtag

(3. Sitzung)

D. Karlsruhe, 21. Nov. 1929.

Die Führertribünen sind wiederum stark besetzt. Das Landtagsgebäude trägt anlässlich der für den Nachmittag angeordneten Regierungswahl Flaggenschmuck.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet um 1/4 Uhr die Sitzung und teilt mit, daß sich ein interfraktioneller Ausschuss für soziale Hygiene gebildet habe.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet

Abg. Dr. Veers (Dem.) über

Die Anträge zur Geschäftsordnung.

Die Koalitionsparteien beantragen eine große Reihe von Änderungen, die sich auf die Wahlprüfung, die Redezeit und die Erweiterung der Präsidentenbefugnisse beziehen.

Der Geschäftsordnungsausschuss empfiehlt mit Mehrheit die Annahme der Koalitionsanträge und Ablehnung des Antrages von (Komm.), wonach alle Parteien, die im Landtag vertreten sind, Vertretungsrecht in den Landtagsausschüssen erhalten sollen.

Da der Präsident als Abgeordneter nunmehr das Wort zur Begründung der Koalitionsanträge nehmen will, wird er vom ersten Vizepräsidenten Maier-Heidelberg auf dem Präsidentenstuhl abgelöst. Dieser schlägt eine Kontingentierung der Redezeit vor.

Dagegen wendet sich der Abg. Dr. Volkhard (Dem.). Gegen die Kontingentierung erhebt sich der Widerspruch von mehr als 15 Abgeordneten. Deshalb ist nach der Geschäftsordnung die unbeschränkte Redezeit zuzulassen.

Abg. Dr. Baumgartner führt aus, es gelte, veraltete Bestimmungen durch neue zu ersetzen, um die Geschäfte so beschleunigen zu können, wie es die Wählerschaft wünsche und es der Würde und Ordnung des Hauses entspreche (Zurufe der Kommunisten). Weiter sollen die Ordnungsbestimmungen so klar herausgestellt werden, daß sich ihre Handhabung vollziehen kann, ohne daß sich Unklarheiten ergeben u. Debatten nötig fallen. Wer die Ordnung des Hauses gründlich versteht, soll ausgeschlossen werden können, auch wenn kein dreimaliger Ordnungsruf erfolgt ist. Wer sich den Anordnungen des Präsidenten nicht fügt, hätte nach den neuen Bestimmungen die Ausschließung aus den Sitzungen auf 30 bzw. 60 Kalendertage zu gewärtigen, dazu die Entziehung der Freizugkarte, die bisher schon rechtens war.

Hierauf begründet Abg. von den kommunistischen Anträgen, daß man die Kommunisten von den Ausschüssen fernhalte, würden sie draußen nur gewinnen. Die neue Geschäftsordnung verbiete eher den Namen „Strafvollzugsordnung für den Landtag“ (Seiterkeit). Der Redner spricht von Vergewaltigung der stärker geborenen kommunistischen Partei Deutschlands.

Abg. Ewald (Evang. Volksdienst) tritt dafür ein, daß die Minderheiten von der tätigen Mitarbeit in den Ausschüssen nicht ausgeschlossen werden. Sie stellen entsprechende Anträge. Um 1/2 Uhr schlägt der Präsident eine Sitzungspause vor, da auf 5 Uhr die Wahl der Regierung angelegt ist.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) beantragt, in den Verhandlungen fortzufahren. Für seine Partei sei die Wahl der Regierung nicht so außerordentlich wichtig (Große Seiterkeit).

Die Mehrheit beschließt im Sinne des Präsidenten. Dagegen sind nur Nationalsozialisten und Kommunisten.

Die Wahl der Minister und der Staatsräte

erhält eine feierliche Note dadurch, daß sie in einer besonders dafür vorgesehenen Sitzung erfolgt.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) beantragt zur Geschäftsordnung, den Antrag seiner Fraktion auf Besetzung der Ministerien mit Fachleuten, vor den Wahlen zu behandeln.

Die Mehrheit lehnt die sofortige Beratung gegen 12 Stimmen (Nationalsozialisten sowie Wirtschafts- und Bauernpartei) ab.

Präsident Dr. Baumgartner leitet die Wahlhandlung namens der Mehrheit des Hauses mit einem Dankeswort für die abgehenden Minister und Staatsräte ein. Es sind dies: Minister Dr. Trunt, seit 1919 im Amt, zuerst als Ernährungsminister, später als Justizminister, Minister Dr. Veers, der seit 1926 das Ministerium für Kultus und Unterricht verwaltete, ferner die Staatsräte Dr. Marum und Weiskopf. Diese Männer, so erklärte der Präsident, haben nach bestem Wissen und Können ihre ganze Kraft in den Dienst des badischen Volkes gestellt und verdienen dafür, den Dank des hohen Hauses (Zustimmung der Mehrheit).

Abg. Teuffel vom Evang. Volksdienst gibt die Erklärung ab, daß sich seine Gruppe die Freiheit des Handelns vorbehalten und Stimmhaltung über. Sie bekenne sich damit keineswegs zur grundsätzlichen Opposition.

Abg. Leichter lehnt für die Kommunisten die neue Regierung ab und vertieft eine längere Erklärung. Da diese zu sehr ins politische Fahrwasser gerät, und Abg. Leichter trotz wiederholter Mahnung des Präsidenten mit der Verlesung fortzufahren sucht, wird ihm das Wort entzogen (Erregter Widerspruch des Abg. von).

Abg. v. Au (Wirtschafts- und Bauernpartei) bebauert, daß keine der bürgerlichen Parteien den Versuch zur Bildung einer bürgerlichen Regierung gemacht habe. Seine Fraktion sei der stärksten Partei gegenüber dazu bereit gewesen (Zuruf des Abg. Dr. Schofer: Warum?). Redner fortsetzend: Zu der Zeit der Krise, zu der neuen Regierung habe seine Fraktion kein Vertrauen, sie enthalte sich der Abstimmung.

Abg. Gabermehl erklärt für die Deutschnationalen, diese zögen die Konsequenz aus der Situation und enthielten sich. Abg. Köhler (Nat.-Soz.) begründet die ablehnende Stellungnahme seiner Fraktion und gebraucht in Bezug auf die Realitäten die Wendung, diese habe das Gesicht eines Bauernschindens: außen Schwarz, innen rot!

Der Präsident weist diesen Ausdruck entschieden zurück.

Nachdem Abg. von nochmals die Haltung der Kommunisten präzisiert hat, schreitet das Haus zur Wahl selbst, die in geheimer Abstimmung vorgenommen wird.

Anwesend sind 80 von 88 Abgeordneten. Zwei Mitglieder beteiligen sich nicht an der Wahl.

Zunächst wird der Präsident des Rechnungshofes, Josef Wittenmann, mit 49 Stimmen

zum Minister des Innern

gewählt. 4 Stimmen entfallen auf den Kommunisten Leichter (Seiterkeit), 25 Jettel sind weiß.

Mit dem gleichen Stimmverhältnis erfolgt die Wahl des bisherigen Innenministers

Dr. Adam Remmele zum Justizminister.

Bei seiner Wahl zum Minister für

Kultus und Unterricht

stimmen 51 Abgeordnete mit Ja, während wieder 4 für Leichter lauten und 23 Jettel abgegeben werden.

Als Finanzminister

ist der bisherige Minister

Dr. Josef Schmitt

vorgeschlagen, auf den sich 48 Stimmen vereinigten.

Die neugewählten Minister nehmen die Wahl an und nehmen, während sie der Präsident beglückwünscht, am Regierungstisch Platz.

Die Wahl des Staatsrates

fällt mit gleicher Stimmzahl auf den von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen ersten Vizepräsidenten

Emil Maier-Heidelberg,

der die Wahl annimmt.

Darauf wird Finanzminister

Dr. Schmitt zum Staatspräsidenten,

Minister Dr. Remmele zu seinem Stellvertreter gewählt. Damit ist der Wahlakt beendet.

Präsident Dr. Baumgartner richtet an die neuen Mitglieder der Regierung folgende Worte:

Sie haben eine schwere und ernste Verpflichtung übernommen. Ich bin überzeugt, daß Ihr Jawort so viel gilt als ein Eid (die badische Verfassung kennt keine Vereidigung der Minister). Sie werden Ihr schweres Amt, dessen bin ich gewiß, nach besten Kräften ausüben, zum Wohle des badischen Volkes und Deutschen Reiches. In diesem Sinne entbiete ich Ihnen die Glückwünsche der Mehrheit (Lebhafte Zustimmung).

Staatspräsident Dr. Schmitt

erwidert:

Die vier Herren der neugewählten Regierung danken für das bewiesene Vertrauen. Ihr erstes soll sein, ein freudiges Bekenntnis der Treue zur republikanischen Verfassung.

Auf diesem Boden werden wir die seit 1918 befolgte Politik, welche dem badischen Volke ruhige und friedliche Verhältnisse gebracht hat, fortführen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, auszugleichen, zu vermitteln und die Klüfte zu überbrücken, die sich leider in unserem Volke aufgetan hat. Um so größer wird diese Aufgabe sein, je größer die allgemeine Not ist, die wir heute haben. Wir wissen, welche große Verantwortung wir übernehmen, und wissen, daß große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Wir vertrauen darauf, daß wir diese Aufgabe erfüllen werden und rechnen dabei auf die sachliche Mitarbeit nicht nur derjenigen, die uns gewählt haben, sondern aller, die sich das gleiche Ziel setzen: Förderung des Gesamtwohles des badischen und des deutschen Volkes (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit).

Der Präsident nimmt diese Regierungserklärung mit Dank zur Kenntnis.

Darauf tritt eine Sitzungspause von 10 Minuten ein, nach deren Ablauf

die Aussprache zu den Geschäftsordnungsanträgen

wieder aufgenommen wird.

Abg. Gabermehl (D. Natl.) stimmt dem Antrag Dr. Baumgartner im großen und ganzen zu, wenn er auch Bedenken gegen verschiedene Bestimmungen hat.

Abg. von (Komm.) bekämpft die neuen Vorschriften, die mit Demokratie nichts mehr zu tun hätten. Dem Präsidenten würde geradezu diktatorische Gewalt gegeben.

Abg. Dr. Volkhard (Dem.) hätte gewünscht, daß man sich zur Beratung einer derart wichtigen Reform der Geschäftsordnung, die zwangsläufig für vier Jahre zu gelten habe, Zeit läßt. Die Parteien, die nicht in der Regierung sind, seien mit einem umfangreichen Antrag überlastet worden. Es bestehe kein Zweifel, daß er Bestimmungen enthält, die man in der Eile nicht überdacht habe. Wäre es nicht möglich gewesen, die Dinge in Ruhe zu erledigen? Statt dessen schaffe man ein diktatorisches Votum, das weit über die Geschäftsordnung des Reichstages und anderer Parlamente hinausgehe. Der Redner bezieht sich zum Beweise auf deren Geschäftsordnungen und erklärt, man sollte ohne Not keine Verschärfung der Verhältnisse herbeiführen.

Abg. von Au (Wirtschafts- und Bauernpartei) führt aus, mit Mehrheiten könne man Fragen der Geschäftsordnung nicht entscheiden. Die Möglichkeit, die Ordnung des Hauses zu wahren, habe auch die alte Geschäftsordnung gegeben. Man hätte zuerst einmal arbeiten sollen. Es wäre dann immer noch Zeit zu Änderungen gewesen. Die gewählten Vertreter des Volkes hätten insgesamt ein Recht, in den Ausschüssen vertreten zu sein. Die Fraktion des Redners ist bereit, dem Antrag des Evang. Volksdienstes, daß auch die Gruppen in den Ausschüssen Berücksichtigung finden, zuzustimmen. Er regt an, die Frage der Geschäftsordnung von der Tagesordnung abzusehen und nochmals an den Ausschuss zu verweisen.

Abg. Dr. Wabek (D. Rp.) pflichtet diesem Verlangen bei. Eine Erneuerung der Geschäftsordnung sei allerdings notwendig; doch sollte man aus übertriebener Anglistik heute keine Maßnahme treffen, für die sich bis jetzt keine Notwendigkeit erweist. Man möge einer gründlichen Durcharbeitung nicht den Weg verschließen.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) vertritt die Auffassung, daß man durch die neue Geschäftsordnung eine Anbelung der Opposition beabsichtige. Er unterstützt den Antrag des Evang. Volksdienstes.

Abg. Müderst gibt für die sozialdemokratische Fraktion eine Erklärung ab, derzufolge sie den Änderungen der Geschäftsordnung zustimmt. Diese seien durch die Vorgänge im Badischen Landtag und in anderen Parlamenten nötig geworden. Wir wollen, so heißt es weiter, daß der Landtag im Interesse der badischen Bevölkerung praktische Arbeit leistet. Die Einwendungen der Kommunisten und Nationalsozialisten, die bei jeder Gelegenheit mit der Diktatur drohten, seien nicht ernst zu nehmen; sie seien als eine künstlich gesteigerte Ent-

rüttung zu werten. Die Neuordnung der Geschäftsordnung bezweckt keineswegs, die Opposition in ihrer Tätigkeit zu beeinträchtigen.

Abg. **Mert** (Nat.-Soz.) spricht von einem Ausnahmegesetz gegen die Opposition.

Abg. **Moth** (Nat.-Soz.) will Beseitigung des parlamentarischen Systems und Ersetzung durch eine berufständische Vertretung.

Seine Darlegungen werden von Händelstücken eines Teiles der Tribünenbesucher begleitet.

Erster Vizepräsident **Maier** droht mit Räumung der Tribüne.

Abg. **Dr. Leers** (Dem.) ist der Meinung, daß man der Würde des Hauses und der Republik keinen Dienst erweist, wenn man eine solch wichtige Materie nicht in Ruhe überdenkt.

Der Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss wird abgelehnt.

Nach dem Schlußwort der Antragsteller **Evamb** (Evang. Volksdienst), **Lehleiter** (Komm.), und **Dr. Baumgartner** (Ztr.) (der erklärt, die Reden der Kommunisten und Nationalsozialisten seien die beste Rechtfertigung für die Neuordnung der Geschäftsordnung), sowie dem Schlußwort des Berichterstatters **Dr. Leers** (Dem.) wird unter Ablehnung der sonstigen Anträge der Antrag der beiden Koalitionsparteien mit deren Stimmen angenommen.

(Der Aufruf der einzelnen Paragrafen nimmt ziemlich lange Zeit in Anspruch.)

Gegen 19 Uhr verläßt das Haus auf unbestimmte Zeit. Eine allgemeine politische Aussprache wird erst bei Vorlegung des Staatsvoranschlags 1930/31 stattfinden.

Die Saarverhandlungen

Drei Unterausschüsse

Über die erste Sitzung der deutschen und französischen Delegation am Donnerstag in Paris zur Behandlung der Saarfrage ist von deutscher und französischer Seite ein gemeinsames Communiqué veröffentlicht worden, wonach die Bildung von drei Unterausschüssen beschlossen wurde: 1. ein Unterausschuss für die Bergwerksfragen, 2. ein Unterausschuss für Handels- und Zollfragen, 3. ein Unterausschuss für juristische Fragen. Die Unterausschüsse sollen zusammenzutreten, sobald ihr Arbeitsprogramm von den Vorsitzenden der beiden Delegationen festgelegt worden ist. Vor Montag oder Dienstag kommender Woche wird keine weitere Sitzung der Delegationen stattfinden, da die Einsetzung der Unterausschüsse einige Tage in Anspruch nehmen wird.

Wieder ein Vertrauensvotum für Tardieu

Ministerpräsident **Tardieu** stellte am Donnerstag in der französischen Kammer die Vertrauensfrage, um eine Vertagung der Diskussion der Interpellationen über das Saarproblem auf unbestimmte Zeit zu erreichen. Die Kammer stimmte mit 337 gegen 244 Stimmen zu und faßte einen entsprechenden Beschluß.

Triand betonte in seiner Antwort auf Ausführungen **Franklin Bouillonn**s, die französische Regierung habe auf das Verlangen der deutschen Regierung, die Saarfrage auf die Tagesordnung der Haager Verhandlungen zu setzen, eine ablehnende Antwort erteilt, da die Saarfrage eine ausschließlich deutsch-französische sei. Man werde die deutschen Vorschläge anhören und wenn sie geeignet erschienen, in Erwägung ziehen. Wenn **Franklin Bouillon** von einem Verzicht auf das Saargebiet spreche, so wisse er sehr wohl, daß das nicht möglich sei. Es liege keinerlei Solidarität zwischen dem Youngplan und dem Saarproblem vor.

Die deutschnationale Partei für Eugenberg

Auf der Tagung des deutschnationalen Parteivorstandes in Kassel wurde nach einer Aussprache dem Parteivorstand Eugenberg mit starker Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Es wird berichtet, daß von den nicht ganz 100 Mitgliedern des Parteivorstandes 85 anwesend waren, darunter auch eine Anzahl von denen, über die bekannt ist, daß sie einen anderen politischen Standpunkt einnehmen als die Parteiführung. Der Parteivorstand hat sich auch dafür entschieden, den § 4 nicht fallen zu lassen.

Heute, Freitag, vormittag begann eine Sitzung der Parteiverbreiterung. Die Parteiverbreiterung ist der erweiterte Vorstand, der in Zusammenarbeit und Umfang etwa dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei entspricht. Die Verhandlungen sind geheim. In unterrichteten Kreisen wird ihr Ausgang aber bereits jetzt dahin geteilt, daß Geheimrat **Eugenberg** ebenso wie gestern im Parteivorstand eine überwältigende Mehrheit für seinen Kurs finden werde. Eugenberg wird heute nachmittag den eigentlichen Parteitag mit einem großen Referat eröffnen. Es wird angenommen, daß sich daran keine große Debatte anschließen wird, so daß die Verhandlungen sehr schnell zu Ende geführt werden können.

Wieder zwei Bankzusammenbrüche

In Wiesbaden wurde in einem Hotel der Bankier **Bauer** aus Frankfurt a. M. Inhaber des in Schwierigkeiten geratenen Bankhauses **Rudolph Bauer** in Frankfurt a. M., in seinem Zimmer tot aufgefunden. Er hatte sich mit Veronal vergiftet.

Der Vorfall dürfte weitere Kreise ziehen, da die Firma **Bauer** eine Reihe von Unternehmungen finanziert hat. Allerdings hat die Firma weniger das Klein- und Kundengeschäft betrieben, als größere Finanzierungen und Kreditierungen mit ihren zu Zeiten erheblichen eigenen Mitteln durchgeführt. Unter ihren Gläubigern sind auch Banken verschiedener Art im In- und Ausland beteiligt. Die Aktien der Firma betragen nach bisheriger Feststellung annähernd 8 Millionen Reichsmark, die Passiven etwa 7 Millionen.

Die Bank für Handel und Gewerbe, Lübeck (Kapital 1 Million Reichsmark) hat ihre Zahlungen eingestellt. Ungünstige Gerüchte veranlassen, daß die Abhebungen in immer wachsendem Maße die Einzahlungen bei der Bank überstiegen. Daraus trat Illiquidität ein. Es ist — wie der Aufsichtsrat erklärt — zu erwarten, daß für die Gläubigerforderungen und für die Spareinlagen und Depositen keine Gewähr besteht. Direktor **Hirschfeld** ist geflohen. Er hat sich, wie ermittelt werden konnte, über Hamburg nach Paris beggeben. Ein Stadbrief ist erlassen worden.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das sehr stabile europäische Hochdruckgebiet und die vor England liegende atlantische Zyklone stehen auch heute als gleichwertige Aktionszentren einander gegenüber, so daß die Wetterlage in unserem Gebiet unverändert bleibt. Eine Änderung ist auch für morgen nicht zu erwarten. Die Nebeldecke der Ebene wird sich jedoch künftighin auf die frühen Morgenstunden beschränken, da mit dem Aufkommen südlicher Winde zu rechnen ist. Wetterausblick: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters, in der Ebene Frühnebel.

Regierungskreise in Württemberg

Die deutschnationalen Minister und der Youngplan

Die Stuttgarter „Schwab. Tagwacht“ weist in längerem Darlegung darauf hin, daß die Regierungskreise in Württemberg trotz aller Ablehnungen vorhanden sei und zwar deshalb, weil das Zentrum wünsche, daß die Regierung für den Youngplan im Reichsrat votiere, was aber nicht möglich sei, wenn die beiden deutschnationalen Minister, **Dr. Bazille** und **Dr. Dehlinger**, die sich für das Volksbegehren eingesetzt haben, die Zustimmung verweigern. Deshalb bemühen sich die Zentrumsminister, **Dr. Bots** und **Dr. Beyerle**, stark um die Deutsche Volkspartei. Sie hätten die Öffentlichkeit geradezu zu mit der Nase auf die Bemühungen gestoßen, als die ganze Zentrumsparade, mit den beiden Ministern an der Spitze, bei der Stuttgarter Stresemann-Gedächtnisfeier erschienen. Man wolle, daß Staatsrat **Rau** das Wirtschaftsministerium übernehme und sei bereit, den Ministerialrat **Scholl** zum Ministerialdirektor im Staatsministerium zu machen. Auf diese Weise ständen dann zwei gegen drei Stimmen im Ministerialrat. Das Zentrum würde tolerieren, daß die deutschnationalen Minister mit Nein stimmen würden, wenn in einem Ministerium von 5 Köpfen dafür 3 „Ja“ sagen würden.

Ein angeblicher Geheimbefehl der Heimwehren

W. V. Wien, 22. Nov. (Fris.-Tel.). Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen ins Einzelne gehenden angeblichen Geheimbefehl der Tiroler Heimwehrleitung zur Einschließung und Besetzung Innsbrucks, im Falle eines aktiven Vorgehens der Heimwehren. Das Blatt erklärt dazu, ähnliche Pläne seien für alle wichtigen Orte Österreichs, natürlich auch für Wien, vorhanden.

Der Ausschuss für die Liquidierung der Bergangelegenheit, den die Haager Konferenz eingeleitet hatte, hat, wie ein offizielles Communiqué aus Paris besagt, seine Arbeiten beendet. Der von dem Ausschuss ausgearbeitete Bericht wird dem Vorsitzenden der Haager Konferenz, dem belgischen Minister **Jaspar**, vorgelegt werden.

Sozialdemokratischer Beschluß zum Volksentscheid. Die Sitzung des Parteiausschusses der SPD. am Donnerstag in Berlin befaßte sich mit dem Ergebnis des Volksbegehrens und faßte einen Beschluß, in dem es u. a. heißt: Die Partei wird sich mit gemessener Kraft für ein Scheitern des Volksentscheids einsetzen. Sie fordert deshalb zum Fernbleiben von der Abstimmung auf.

Die Auflösung der preussischen Fideikommission. Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtages begann die Vorbereitung des neuen Gesetzes über die Auflösung der Fideikommission. Durch den Entwurf wird bestimmt, daß Fideikommissionen, die bis zum 1. April 1935 noch nicht freies Vermögen erworben sind, mit diesem Tage erlöschen, und daß das Fideikommissionvermögen damit freies Vermögen des Fideikommissionärs wird.

Die Vorlesungen an den deutschen Hochschulen in Prag sind wieder aufgenommen worden. — Auch die tschechoslowakischen Mediziner verlangen jetzt Einführung des Numerus clausus.

Danziger Strafantrag gegen ein polnisches Blatt. Wegen der Äußerung eines Krakauer Blattes, in Danzig bestünde eine antipolnische Spionagezentrale, die von der Danziger Polizei unterstützt werde, hat der Polizeipräsident von Danzig gegen das Krakauer Blatt Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 11. November 1 259 100, d. h. 7142 mehr als vorige Woche, aber 80 058 weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die russisch-chinesischen Kämpfe. Nun wird zur Abwechslung ein Sieg der chinesischen Truppen über starke russische Detachements, die die Grenze überschritten und die chinesischen Stellungen angriffen, von der mandchurischen Provinzialregierung amtlich bekanntgegeben. 300 Mann russischer Infanterie wurden gefangen genommen und 20 Maschinengewehre erbeutet. Die Verluste der Chinesen werden mit etwa 200 Toten und Verwundeten angegeben. Dieser Grenzkrieg ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, das nur deshalb nicht ausbricht, weil bisher beiden Seiten Lust und Kraft zum energischen Nachstoßen fehlt.

Der Industrielle **Paul Arnold**, Inhaber der **Minkewerke Drehtrenn bei Bausen**, (Eachsen) hat sich erschossen. Die Verbindlichkeiten sollen 420 000 M betragen, und auch betrügerische Wechselgeschäfte festgestellt worden sein.

Eine bulgarische Mäuerbande hat einen Überfall auf den Orientexpress verübt. Es wurde auf den Zug mit Bomben geworfen und er aus Gewehren und Revolvern heftig beschossen. Er hat aber dennoch, wenn auch mit beschädigter Maschine, die Station **Jaribrod** erreichen können, wo dann festgestellt wurde, daß niemand verletzt worden ist.

Vier britische Zerstörer der Mittelmeerflotte sind ausgesandt worden, um nach dem britischen Frachtschiff „**Baron Elcho**“ zu suchen, dessen Kapitän und Offiziere einem geheimnisvollen drachlosen Giftkreis zufolge im Mittelmeer von der meuternden, mit Revolvern bewaffneten Mannschaft bedroht wurden. Es wird angenommen, daß die Mannschaft des 4288 Tonnen großen Schiffes den Funter verhindert hat, die Lage des Schiffes anzugeben.

Badischer Teil

Die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse in Baden

Der Minister des Innern hat dem Landtag in einer umfangreichen Denkschrift das Ergebnis einer Untersuchung vorgelegt, die infolge der Landtagsverhandlungen vom vergangenen Sommer über wirtschaftlichere Gestaltung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse in Baden angestellt worden war. Die in der Denkschrift gemachten Vorschläge sollen nur Anregungen sein, über die feinerseit, nachdem zunächst der Landtag hierzu Stellung genommen hat, die Gesamtregierung sich zu machen hätte.

Aus der Denkschrift geht hervor, daß die Zahl der Parzellen im Lande rund 64 Millionen beträgt, so daß durchschnittlich auf einen landwirtschaftlichen Betrieb 16 Parzellen entfallen. Nach einer eingehenden Darlegung der schädlichen Folgen einer allzu starken Entwaldung der Parzellierung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes kommt die Denkschrift im Interesse einer wirtschaftlicheren Gestaltung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse in Baden zu folgenden Vorschlägen:

1. Änderung des Anteilsbarteitsgesetzes dahin, daß das Maß, bis zu dem Grundstücke geteilt werden dürfen, heraufgesetzt wird.
2. Einführung des freiwilligen Anerbenedts, und
3. Umgestaltung der Vorschriften über die Feldbereinigung, insbesondere hinsichtlich des Verfahrens und der Behördeorganisation, sowie der Übernahme eines größeren Teiles der Feldbereinigungskosten auf die Staatskasse.

Arbeitskonflikt im Gastwirtsgerwerbe in Heidelberg

Die Gewerkschaften haben beim Schlichter für den Bezirk Südwürttemberg den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses Mannheim beantragt. Der Schlichter hat die Parteien zu Nachverhandlungen auf Dienstag, den 26. d. M., nach Karlsruhe eingeladen.

Die Verschmelzung der Schwarzwaldvereine

Die in der Angelegenheit der Verschmelzung mit dem Württembergischen Schwarzwaldverein auf Sonntag, den 24. November, angeordnete außerordentliche Hauptversammlung des Bad. Schwarzwaldvereins ist zwingender Umstände wegen vorläufig verschoben worden.

Kurze Nachrichten aus Baden

1. Mannheim, 21. Nov. Wie im Frühsommer berichtet, erhielt die Aktiengesellschaft **Brown, Boveri & Cie.** den Auftrag auf Herstellung einer riesigen Dampfmaschine, der größten bisher in Europa gebauten, für die **Electro-Werk AG. Fichornewitz**. Gestern kam im Kraftwerk Fichornewitz die 85 000 Kilowatt Turbogruppe von **Brown, Boveri & Cie.** in Betrieb und übernahm anstandslos sofort eine Belastung von 40 000 Kilowatt. Die Leistung dieser Einwellengruppe übertrifft alle bisher für Europa gebauten Dampfmaschinen. Eine zweite Gruppe gleicher Leistung steht vor der Inbetriebnahme.

2. Mannheim, 22. Nov. In Mannheim stehen zur Zeit 988 männliche Facharbeiter der metallverarbeitenden Industrie im Zeitlohn, 3980 im Stücklohn, 462 Hilfsarbeiter im Zeit- und 125 im Stücklohn, 846 angelernte Arbeiter im Zeit- und 1350 im Stücklohn. Außerdem weibliche Arbeiter über 18 Jahre 46 im Zeit- und 205 im Stücklohn, zusammen 8006 Arbeiter.

3. Heidelberg, 22. Nov. Der Vorstand der Heidelberger **Ortskrankenkasse** hat gestern den Anlauf des großen **Baugebäudes der Rheinischen Creditbank** am **Wreideplatz** zum Preise von 575 000 M beschlossen. Er wird dem Ausschuss, der die Sache endgültig zu entscheiden hat, demnächst einen entsprechenden Antrag vorlegen. Auf die notwendigen Umbauten würden ferner noch etwa 150 000 M. Kosten entfallen.

4. Itzlingen bei Eppingen, 20. Nov. In diesem Jahre wurden im ganzen von Itzlingen und **Kirchardt** hier abgeliefert 62 Wagen **Fichornewitz**, d. i. 1 Million 500 000 Kilogramm. Die Anbaufläche betrug in Itzlingen 2400 A und in Kirchardt 1400 A.

5. Malsch bei Wiesloch, 21. Nov. Die Bewohner des ehemaligen **Hessischen Kalkwerkes — Uhl und Bauer** — wurden am Montag bzw. Dienstag verhaftet und mit einem Kriegsbefehlshaber namens **Decker** aus **Bruchsal** ins Amtsgefängnis Heidelberg eingeliefert. Die Verhafteten erhielten lt. **Wiesl, Hg.** in der abgelegenen Siedlung zwischen **Malsch** und **Rot-Malsch** zwei gut ausgebaute Schnapsbrennereien und trieben seit längerer Zeit schon mit ihrem Erzeugnis einen lebhaften Handel. Der Hauptabsatz war das Gebiet zwischen **Offenburg** und **Freiburg**. Die Brennereien waren sehr versteckt — im Keller — angelegt und fast unbemerkbar.

6. Waldkirch, 20. Nov. Der Geschäftsgang in der **Ortel- und Orchestrationindustrie**, der seit längerer Zeit darniederliegt, hat sich etwas gehoben. In einem der größeren Betriebe am **Platz** hat man die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage wieder um einen vermehrt, so daß jetzt vier Tage gearbeitet wird.

Staatsanzeiger

Mutterrechtgut in Lauda.

Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 9. November 1929 Nr. 11 342 auf Grund des Enteignungsgesetzes ausgesprochen:

Die Eigentümer der im **Gewann „in der Schütt“** der **Gemarkung Lauda** gelegenen Grundstücke

Lgb. Nr. 5795 im Flächenmaß von 7 a 54 qm
Lgb. Nr. 5857 im Flächenmaß von 15 a 17 qm und
Lgb. Nr. 5965 im Flächenmaß von 47 a 99 qm

zusammen 70 a 70 qm

sind verpflichtet, diese Grundstücke in vollem Umfang an den badischen Staat — Innere Verwaltung — zum Zweck des Ausbaues seines Mutterrechtgutes nach vorgängiger Entscheidung abzutreten.

Karlsruhe, den 20. November 1929.
Der Minister des Innern:
Hemmel

Bekanntmachung

Änderung der Ortsbezeichnung der Gemeinde Gutach, Amt Wolfach.

Das Staatsministerium hat unterm 9. November 1929 Nr. 11 288 beschlossen, daß die Gemeinde „**Gutach (Amt Wolfach)**“ mit Wirkung vom 1. Dezember 1929 an den Namen „**Gutach (Schwarzwaldbahn)**“ zu führen hat.

Karlsruhe, den 20. November 1929.
Der Minister des Innern:
Hemmel

Bekanntmachung

Sammlung „Brüder in Not“.

Dem badischen Landesverein vom **Roten Kreuz** wird hiermit unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über die Regelung der Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung dazu vom 24. Februar 1917 die Genehmigung zu einer Sammlung für die in **Not** befindlichen deutschen Bauern aus **Sowjet-Rußland** unter dem Titel „**Brüder in Not**“ durch Erlassung eines Aufrufs sowie durch Aufstellung von Sammelbüchern an verkehrsreichen Straßen und Kläfen in den größeren Städten für das badische Staatsgebiet erteilt.

Karlsruhe, den 21. November 1929.
Der Minister des Innern:
J. R. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Regierungsdirektor **Dr. Karl Tees** zum Regierungsrat beim Bezirksamt in **Mastatt**.

Polizeihilfsleiter **Albert Bollweber** zum Polizeihilfsleiter der Fahndungspolizei in **Karlsruhe**.

Befördert:

Polizeihilfsleiter **Christian Benz** in **Karlsruhe** zum Polizeikommissar der Fahndungspolizei.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	22. November		21. November	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.47	168.81	168.49	168.83
Kopenhagen 100 Kr.	111.86	112.08	111.89	112.11
Italien 100 L.	21.865	21.905	21.87	21.91
London 1 Pf.	20.363	20.403	20.365	20.405
New York 1 D.	4.1770	4.1850	4.1775	4.1855
Paris 100 Fr.	16.43	16.47	16.445	16.485
Schweiz 100 Fr.	81.03	81.19	81.02	81.14
Wien 100 Schilling	58.97	58.89	58.75	58.87
Prag 100 Kr.	12.385	12.405	12.386	12.406

Diskontermäßigungen in England und Norwegen. Die Bank von England hat den Diskont von 6 auf 5 1/2 Proz. ermäßigt. — Ebenso hat die Bank von Norwegen den Wechseldiskont von 6 auf 5 1/2 Proz. herabgesetzt.

Der Zusammenbruch des Bankhauses Bärle in Freiburg

Der Zusammenbruch des Bankhauses Bärle & Co. in Freiburg hat in ganz Oberbaden geradezu sensationell gewirkt. Wenn auch schon in letzter Zeit gerüchelt wurde, daß das Bankhaus sich in Schwierigkeiten befindet, so nahm man doch an, daß diese vorübergehender Natur seien und daß es einer geschickten Leitung gelingen würde, die Krise zu überwinden.

Das Bankhaus wurde in seiner jetzigen Form im Juli 1923, also in der Hochinflationzeit, gegründet. Während es ursprünglich seinen Geschäftskreis auf die Annahme von Depositionen und Spareinlagen und die Anlage dieser Gelder in Hypotheken und mindelsicheren Papieren beschränkte, begann es seinen Geschäftskreis während der Inflation auf alle bankmäßigen Geschäfte gleichmäßig auszuweiten. Auch nach der Inflation gelang es dank einer geschickten Zinspolitik und auf Grund der guten Beziehungen der beiden Inhaber zu der Freiburger Geschäftswelt, den umfangreicheren Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten. Die hohen Zinsen haben natürlich eine ganze Reihe kleinerer Rente herangelockt, die der Verlust außerordentlich schwer drückt. Die Depotuntersuchungen der beiden Inhaber sollen bis 1925 zurückgreifen. Sie sind höchstwahrscheinlich zurückzuführen auf verunglückte Börsenspekulationen, die unter dem Einfluß der letzten Börsensituationen naturgemäß verlustbringend sein mußten. Als dann die Kündigung der großen Schweizer Einlage, die übrigens den Betrag von zwei Millionen wesentlich überschreitet, erfolgte, kam es zum unvermeidlichen Zusammenbruch, und die beiden Inhaber taten das Beste, was sie in dieser Situation tun konnten, sie stellten sich selbst der Staats-

anwaltschaft. Die Auswertungen des Konkurses sind für das Freiburger und oberbadische Wirtschaftsleben naturgemäß sehr schwerwiegend.

Nach einer weiteren Meldung verliert der Hauptgläubiger, der Bankier Liebers in Lugano, über 2,5 Millionen Reichsmark. Eine rohe Schätzung der Passiven ergibt einen Verlust von rund 4 Millionen Reichsmark. Neben diesen Hauptgläubigern sind viele Handwerker, Geschäftsleute, Beamte und Geistliche geschädigt. Die Version, daß die Gläubiger aus der Konkursmasse mit etwa 40 Proz. befriedigt werden würden, wird als sehr optimistisch bezeichnet, es sei denn, daß das persönliche Eigentum der beiden Bankinhaber in Gestalt von mehreren Häusern und Villen, Autos und kostbaren Wohn- und Geschäftseinrichtungen zur Konkursmasse geschlagen würde.

Von der Leitung des Deutschen Caritasverbandes wird mitgeteilt, daß die evtl. für den Verband zu befürchtenden Verluste außerordentlich gering seien. Da die Konten noch nicht abgeschlossen sind, lasse sich natürlich eine Summe nicht nennen. Das insolvente Bankhaus wurde jedoch vom Deutschen Caritasverband nur zur Abwicklung seiner Freiburger Geschäfte (Gehaltszahlungen) benutzt. Zu Befürchtungen, daß die Arbeiten des Deutschen Caritasverbandes, durch die Inflation geübt würden, bestche gar kein Anlaß. Auch das Kloster St. Trudbert dürfte nur einen geringen, wenn überhaupt einen Verlust erleiden.

Zu Konkursverwaltern sind ernannt worden der Kaufmann Arthur Baumann und der Bankdirektor Köbel.

Zum Zusammenbruch der Reichsbundbank

In einer Veröffentlichung über die Lage der Reichsbundbank AG, Vermögensverwaltungsgesellschaft des Reichsbundes der höheren Beamten, wird die der Reichsbundbank zustehende Hypothek von circa 580.000 M auf dem Siedlungsgelände Frohnau-West als Hauptforderung genannt, wobei aber der Einbruch erweist, als seien diese Hypotheken sowie auch die ihr vorausgehenden ersten Hypotheken der Badischen Beamtenbank nicht verwertbar.

Hierzu wird uns mitgeteilt, daß der betriebene Konkurs der Gesellschaft die Verwertung keineswegs hindert, vielmehr bereitet die Verwertung auf dem Wege der Enteignung in der bereits eingeleiteten Substantation durch eine große Bau- und Siedlungsgesellschaft, wobei sämtliche Hypotheken einschließlich derjenigen der Reichsbundbank nicht ausbezahlt werden. Die Reichsbundbank beabsichtigt aber, das Gelände, das auf 6,4 Millionen Reichsmark taxiert ist, selbst für 4 Millionen Reichsmark zu ersteigern und weiterzuverwerten, wobei ihr voraussichtlich ein Nutzen von 1,5 bis 2 Millionen zufallen sollte. Aus diesem Grunde hat sie diese Hypothek als eine Hauptforderung bezeichnet. Der frühere Konkurs mußte nur im Hinblick auf das bestehende Nießbrauchsrecht der Badischen Beamtenbank auf deren Antrag niedergeschlagen werden, hat aber auf die Verwertung keinen Einfluß.

Weiterführung der Bernsdorfer Holzfirma Ray & Klump? In Baden-Baden fand eine Besprechung von Großgläubigern der Firma Ray & Klump in Bernsdorf unter Beteiligung ausländischer Banken statt, in der ein vorläufiges Statut mitgeteilt wurde. Nach diesem besteht Aussicht, die Firma erhalten zu können.

Eröffnung des Remisa-Zweigwerks Baden-Baden. Nach einer Mitteilung der Firma Remisa-G. m. b. H. in Altona-Bahrenfeld an die Stadt Baden-Baden sollen die Arbeitereinstellungen in dem am 18. November eröffneten Zweigwerk Baden-Baden entsprechend der schrittweisen Fabrikationsaufnahme von Abteilung zu Abteilung allmählich erfolgen und bis Mitte Dezember zunächst auf einem gewissen Abschluß kommen. In Baden-Baden wird es sehr begrüßt, daß über den Winter dadurch eine wesentliche Entlastung des lokalen Arbeitsmarktes eintritt.

Glaschütte AG. Achern. Nach dem Bericht der Glaschütte Achern AG, Achern, über das Geschäftsjahr 1928/29 ergibt sich nach Abzug aller Unkosten ein Betriebsergebnis (der letztjährige Gewinnvortrag von 1734,35 M einbezogen) von 109.845,58 M, dessen Verteilung wie folgt vorgeschlagen wird: Überweisung zum Reservefonds 7086, Überweisung zum Arbeiter-Unterstützungsfonds 2000 M, Rückstellung auf Erneuerungsfonds 10.000 M, 10 Proz. Dividende 45.000 M, Vortrag auf neue Rechnung 6771,58 M. Nach dem Bericht des Vorstandes war der Umsatz in diesem Betriebsjahr befriedigend, reicht aber bei weitem noch nicht an die Leistungsfähigkeit des Werkes. Durch verschiedene technische Neuerungen konnte das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr wesentlich aufgehoben werden. Mit dem neuen Jahr liegen schon auf längere Zeit Aufträge vor.

Kieffer-Nachlaß-Konkurs auch in Frankreich. Da der Konkursverwalter im Nachlaßkonkurs Ernst Kieffer-Nach in Neuchâtel die Forderungen der französischen Gläubiger zurückgewiesen hatte mit der Begründung, daß sie sich durch seine Güter in Frankreich entschädigen lassen könne, hat das Gericht von Straßburg dieser Forderung über den Nachlaß Kieffer-Nach in Frankreich erklärt. Kieffer, der Anfang 1929 in Neuchâtel starb, hat in Deutschland und Frankreich verschiedene Sägewerke begeben. Sein Schwiegersohn, ein Professor an der Zahnärztlichen Klinik in Straßburg, hat sich im Zusammenhang damit bekanntlich das Leben genommen.

Kapitalerhöhung beim R. W. G. Der „Frankf. Zig.“ zufolge wird eine auf den 23. November nach Effen einberufene Aufsichtsratsitzung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks sich über die geplante Kapitalerhöhung schlüssig werden. Beabsichtigt ist, das gegenwärtige Aktienkapital um bis zu 60 Mill. Reichsmark zu erhöhen, wobei den Aktionären votauswärtig ein Bezugsrecht von 3 zu 1 gewährt werden dürfte.

Badische Lichtspiele, Konzerthaus

Freitag, 22. bis Donnerstag, 28. Nov., jeweils 20.30 Uhr - Sonntag, 24. Nov., nur 16 Uhr

GEHEIMNISSE DES ORIENTS

In den Hauptrollen: Nikolai Kolin, Ivan Petrovitch, Hermann Pichä, Marcella Albani, Agnes Petersen, Dita Parlo

Musikbegleitung

Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße und im Büro Klauprechtstraße 1 (9-13 und 15-17 Uhr, Samstags 9-13 Uhr) 3.975

Jagdverpachtung.

Das Badische Forstamt Mittelberg in Ettlingen verpachtet am Montag, den 2. Dezember 1929, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus Schönblid in Margzell die Jagd in den Staatswaldbezirken Mittelberg und Großklosterwald - 1430 Hektar - in einem Jagdbezirk vom 1. Februar 1930 an auf 6 Jahre. Die Bedingungen können beim Forstamt eingesehen werden. 3.808

Inserieren bringt Gewinn!



Badisches Landestheater

Samstag, 23. Nov. 1929
* C 8 Th.-Gem. 801-1000

Maria Stuart

Trauerspiel von Schiller
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:

Ermarth, Frauendorfer, Genter, Schreiner, Baumbach, Brand, Gemmeke, Graf, Herz, Höder, Just, Kienjers, Klobie, Rehner, Ritter, Schulze, v. d. Trend, Geier, Grimm.

Anfang 19 1/2, Ende n. 22 1/2
Preise A (0,70-5,20)

Sonntag, 24. Nov.: Fidelio.
Montag, 25. November: Trojaner.

In der Strafsache gegen den Schriftleiter Franz Moraller aus Karlsruhe wegen Beleidigung hat das Bad. Schöffengericht C 1 Karlsruhe am 20. Juni 1929 für Recht erkannt:

Der Angeklagte Franz Moraller, Schriftleiter in Karlsruhe, wird unter Befreiung mit den Kosten wegen Beleidigung der Badischen Staatsregierung und deren Mitglieder zur

Geldstrafe von fünfhundert Reichsmark, für den Fall der Unbeibringlichkeit zur Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt.

Zugleich wird der Badischen Staatsregierung und deren Mitgliedern die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen. Die Bekanntmachung hat je einmal durch den „Führer“ und die „Karlsruher Zeitung“ binnen 4 Wochen nach Zustellung des Urteils an die Beleidigten zu erfolgen.

Die vorstehende Abschrift des Urteils wird als richtig beglaubigt. Das Urteil ist rechtskräftig und vollstreckbar.

Karlsruhe, den 31. Oktober 1929.

Bad. Amtsgericht C 1.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle,
gez. Kunz. 3.972

Öffentliche Verbandsparlase Meßkirch

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Soll		Haben	
	RM		RM
Kasse	26 271,71	Spareinlagen	1 095 518,10
Guthaben bei Banken und Postsparkamt	10 593,29	Giroeinlagen	26 679,68
Guthaben bei Girozentralen	265 881,77	Kontokorrenteinlagen	36 646,10
Wechsel	11 167,08	Aufgewertete Spareinlagen	1 430 944,20
Kontokorrentkonto	70 352,-	Anlehens- und andere Schulden	6 000,-
Sonstige Forderungen	7 479,90	Reservefonds	99 323,80
Darlehen auf Schuldschein	55 924,-	Aufwertungsgrundlage	14 090,45
Darlehen an Gemeinden	255 680,51		
Rauschillinge	108 388,50		
Hypotheken	476 056,-		
Rückständige Zinsen und Miete	45 025,35		
Aufwertungsfordernngen	1 262 377,-		
Aufwertungsverrechnungsfondo	67 474,22		
Gebäudekonto	46 550,-		
Gerätekonto	1,-		
	2 709 202,33		2 709 202,33

Gewinn- und Verlustrechnung

	RM		RM
Zinsvergütungen	62 783,74	Zinseinnahmen	109 194,38
Verwaltungskosten	24 366,99	Mieteinnahmen	2 956,60
persönliche 24 366,99 RM			
sachliche 1 502,08	26 869,07		
Gebäudeunterhaltungsfondo	3 238,79		
Sonstige Unkosten	5 785,33		
Geräte	403,-		
Gewinn als Aufwertungsgrundlage	14 090,45		
	112 150,98		112 150,98

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 1 158 843,85 RM Einlagen = 57 942,20 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 99 323,80 RM
somit mehr = 41 381,60 RM

Meßkirch, den 23. Oktober 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Beihaupt, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Dr. Ranner.

Lebensbedürfnisverein

Unser Schlager:

1928^{er} Edenkobener 60 Pfennig
Klosteracker ein spritziger Pfälzer

1928^{er} Ungsteiner 60 Pfennig
Rotwein ein milder Rotwein aus guter Lage

Abgabe nur an Mitglieder und solange Vorrat

die 1/2-Liter-Fasche (ohne Glas) 3.973

Rheinische Hypothekenbank Mannheim

Bei der heute vorgenommenen Verlosung von 4 1/2% Liquidationsgoldpfandbriefen und Certifikaten wurden die Pfandbriefe der Reihe 1645 gezogen. Die Rückzahlung erfolgt zum Nennwert ab 1. Januar 1930 gegen Rückgabe der Pfandbriefe und der nicht fälligen Zinsscheine nebst Erneuerungsschein jedoch ohne Anteilsschein bei unserer Kasse und den sonstigen Einlösungstellen. Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 1. Januar 1930.

Von der zur Heimzahlung auf 1. Juli 1928 ausgelosten Reihe 881 sind folgende Nummern noch rückständig: 30030, 30059, 30114, 30226, 30228, 30229, 30232, 30239, 30259, 30264, 30421, 30495, 30496, 30497, 30498, 30500, 30501, 30502, 30505, 30509, 30526, 30529, 30546, 30549, 30553, 30591, 30595, 30604, 30605, 30606, 30610, 30728, 30770, 30786, 30787, 30850, 30881.

Wir empfehlen zur Wiederanlage unsere zur Zeit in Ausgabe befindlichen Goldhypothekpfandbriefe und Goldschuldverschreibungen.

Mannheim, den 20. November 1929. 3.969

Rheinische Hypothekenbank

Ettlingen. 3.811 und Emma, geb. Nagel, Vertrag vom 1. Oktober 1929: Gütertrennung. Schöffkopf, August, Kraftwagenführer in Ettlingen. Ettlingen, 20. 11. 1929. Amtsgericht.

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Nehmen Sie

Druck G. Braun, Karlsruhe